Staatlich/ Tagesordnungspunkt 12 2. April 2015

Kenntnisgabe

Senatorin für Wissenschaft und Bildung

Herr Sygusch

4666

V o r l a g e Nr. L 156/18

für die Deputation für Bildung (staatlich)

Antrag der Fraktion der CDU: „Ganztagsschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten“

Hier: Berichterstattung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der CDU hatte folgenden Antrag (Drs. 18/1179) in die Bremische Bürgerschaft (Landtag) eingebracht:

> „Die Entwicklung von Ganztagsschulangeboten gilt als eine der wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben. Die Möglichkeiten, Unterricht anders zu organisieren und über den Schulalltag zu verteilen, sind ein entscheidender Baustein, um Unterrichtsqualität zu steigern und Lernen auch unter schwierigen sozialen Rahmenbedingungen angemessen gestalten zu können. Insbesondere für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind bedarfsorientierte und flächendeckende Angebote von zunehmender Bedeutung für alle Bereiche der Gesellschaft, auch unabhängig von der Region und spezifischen sozialen Problemen.
>
> Gerade vor dem spezifischen sozialen Hintergrund in Bremerhaven ist es völlig unverständlich, dass die rot-grüne Koalition die weitere Entwicklung von Ganztagsschulen offenbar lediglich auf Bremen beschränkt und Bremerhaven in den diesbezüglichen jüngsten Beschlüssen der rot-grünen Koalition unberücksichtigt bleibt. Die schulische Entwicklung ist insgesamt eine Verantwortung des Landes und muss beide Kommunen angemessen einbeziehen. Dies muss sich in der Gestaltung des Haushalts entsprechend widerspiegeln.

Union und SPD auf Bundesebene haben sich jüngst auf weitere Maßnahmen zur Entlastung der Länder und Kommunen verständigt. Neben der ab 2014 vollumfänglichen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, sollen die Länder und Kommunen u. a. durch weitere 5 Mrd. € bei der Eingliederungshilfe und 6 Mrd. € für die Krippen, Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen entlastet werden. Zudem sollen die zusätzlichen finanziellen Spielräume des Bundes zu einem Drittel zur Entlastung der Länderhaushalte verwendet werden. Diese Entlastungen müssen zukunftsorientiert auch insbesondere im Bildungsbereich eingesetzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Entwicklung von Ganztagsschulen schnellstmöglich ein Programm vorzulegen, das die Kommunen Bremen und Bremerhaven ihren Bedarfen entsprechend und zeitgleich berücksichtigt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unter Einbeziehung der nach der Koalitionsvereinbarung zu erwartenden Bundesmittel zur Entlastung der staatlichen und kommunalen Haushalte im Bereich der qualitativen und quantitativen Entwicklung von Ganztagsangeboten einen Schwerpunkt zu setzen."

Der Antrag „Ganztagsschulentwicklung in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten" wurde von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung (federführend) und den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

B. Lösung

Die Deputation für Bildung (staatlich) hat auf ihrer Sitzung am 04.02.2015 mit der Vorlage L 120/18 den folgenden Bericht und dessen Weiterleitung an den Haushalts- und Finanz-Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft beschlossen:

Für die Stadtgemeinde Bremen wird der Stand im Ganztagsschulbereich in der Vorlage Nr. G 135/18 für die Sitzung der Deputation für Bildung (städtisch) am 24.07.2014 ausführlich auf die einzelnen Stadtteile bezogen dargestellt. Zusammenfassend besteht folgende Versorgungslage im Ganztagsschulbereich:

Schulstufe	Schulen insgesamt	Anzahl der Ganztagsschulen	Anteil von Ganztagsschulen in Prozent	Ganztagsschulplätze 2013/14
Grundschule	74	31	41,9 %	5.830
Sek I Schulen	45	26	57,8 %	8.744

Tabelle 1: Ausbaustand Ganztagsschulen in der Stadtgemeinde Bremen

In der Stadtgemeinde Bremerhaven besteht folgender Sachstand beim Ausbau von Ganztagsschulen:

Schulstufe	Schulen insgesamt	Anzahl der Ganztagsschulen	Anteil von Ganztagsschulen in Prozent	Ganztagsschulplätze 2013/14
Grundschule	16	8	50,0 %	1.258
Sek I Schulen	12	6	50,0 %	924

Tabelle 2: Ausbaustand Ganztagsschulen in der Stadtgemeinde Bremerhaven

In der Stadtgemeinde Bremerhaven werden folgende Ausbaupläne zu Ganztagsschulen angestrebt:

im Primarbereich sollen bis zum Jahr 2025 die Hälfte alle Schulplätze und im Sekundarbereich I ein Drittel der Schulplätze für die Ganztagsbeschulung zur Verfügung stehen.

Der bisherige Ausbau der gebundenen Ganztagsschulen hat sich aufgrund des sozialen Umfeldes auf die im Stadtkern liegenden Bereiche Lehe und Geestemünde konzentriert.

Die Stadtteile im Norden und Süden sind im weiteren Ausbau besonders zu bedenken.

Für den Primarbereich ist die Zielsetzung, jeweils eine im Norden und eine im Süden befindliche Grundschule zur gebundenen Ganztagsschule auszubauen.

In der Stadtgemeinde Bremen werden die Weiterführung und der Ausbau der bisherigen Ganztagsprogramme angestrebt. Das Ziel ist es zudem, zu einem weitest möglich einheitlichen Betreuungsangebot im Rahmen der Ganztagsschulen in Bremen und Bremerhaven zu kommen. Dabei sollen die Ganztagsangebote erhöht werden, um nicht nur die Bildungschancen zu verbessern, sondern auch, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Es wird daran gearbeitet, ein höheres Maß an Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, aus der eine intensivere Förderung vieler Schülerinnen und Schüler resultiert. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der flächendeckenden Versorgung mit Ganztagsschulen im Grundschulbereich. Aber auch im Sekundarbereich und für die Gymnasien in Gebieten mit besonderem sozialem Hintergrund wird ein intensiverer Ausbau des Ganztagsangebotes angestrebt.

Für beide Stadtgemeinden gilt, dass der Ganztagsschulausbau auf einer soliden Absicherung im Haushalt umgesetzt werden soll. Daher wird die Finanzierung weiterer Ganztagsschulprogramme im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushalte 2016/17 beraten.

Die Deputation empfiehlt den Antrag abzulehnen, da weitere Programme zur Entwicklung von Ganztagsschulen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushalte 2016/2017 beraten werden können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat den Antrag der Fraktion der CDU in seinen Sitzungen am 21. Februar 2014 und 13. März 2015 - unter Berücksichtigung des Zwischenberichtes der staatlichen Deputation für Bildung vom 24. Februar 2015 - abschließend beraten.

Während die Fraktion der CDU kurzfristig weitere Maßnahmen für eine bedarfsorientierte und zeitgleich in Bremen und Bremerhaven gestaltete Ganztagsschulentwicklung für erforderlich hält, vertreten die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Auffassung, dass zwar eine Erweiterung der Ganztagsschulangebote zwingend notwendig sei, diese aber wegen der bestehenden Haushaltsrelevanz nur auf einer soliden finanziellen Grundlage erfolgen könne. Daher sei beabsichtigt, über die Finanzierung weiterer Ganztagsschulprogramme im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016/2017 zu entscheiden.

Der Haushalts- und Finanzausausschuss (Land) empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und Die

Linke, den Antrag „Ganztagsschulprogramm in Bremen und Bremerhaven bedarfsorientiert und zeitgleich gestalten“ (Drs. 18/1179) zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen.

C. Kosten / Personelle Auswirkungen / Gender-Relevanz

Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen sind mit dieser Vorlage nicht verbunden.

Ganztagsangebote wenden sich gleichermaßen an Schülerinnen und Schüler.

D. Beschlussvorschlag

Die Deputation beschließt den anliegenden Bericht und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag). Die Deputation empfiehlt den Antrag abzulehnen, da weitere Programme zur Entwicklung von Ganztagsschulen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushalte 2016/2017 beraten werden können.